

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Retzki, Bernd	Dezernent IV
Bender, Sylvia	Amtsleiterin Amt für Soziales
Vogel, Thomas	Geschäftsführer Jobcenter
Kuhlmann, Carsten	Abteilungsleitung 502
Küchler-Hendricks, Adina, Dr. des.	Stabsstelle Inklusion Dez.IV
Schlager, Katja	Bildungszentrum
Stobbe, Carola	Jobcenter Wolfenbüttel
Wilhelm, Andree	Pressesprecher
Söllig, Corinna	Moderatorin
Strohhäcker, Michael	Protokollführer
Liebenow, Tim	Anwärter/Protokollführer

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 22.11.2022 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. 2. Kommunaler Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0297/2023
7. Sachstand Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt
8. Konzept "Netzwerk haushaltsnaher Hilfen in Baddeckenstedt"
Vorlage: XIX-0296/2023
9. Zuschuss für ein Musikprojekt mit Seniorinnen und Senioren am 27.08.2023 in Destedt
Vorlage: XIX-0289/2023
10. Vortrag über die Arbeit der AWO-Schuldnerberatung
11. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion - Deutschlandticket im Landkreis Wolfenbüttel als Sozialticket anbieten
Vorlage: XIX-0281/2023/1
12. Jahresbericht des Amtes für Soziales 2022
Vorlage: XIX-0287/2023
13. Geschäftsbericht Jobcenter 2022
14. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
15. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet um 18:35 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Frau Eisenbarth heißt insbesondere Herrn Meinberg als neues Ausschussmitglied willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Frau Eisenbarth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Frau Eisenbarth stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 22.11.2022 (§§ 23, 5d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 28.11.2022 über die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 22.11.2022 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau Otte-Kotulla nimmt ab 18:38 Uhr an der Sitzung teil.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau Resch-Hoppstock erkundigt sich über die Finanzierung von Pflegeleistungen für ukrainische Geflüchtete, die in der Regel keine Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Anspruch nehmen könnten. Frau Bender erklärt, bei Vorliegen einer Pflegebedürftigkeit käme in solchen Fällen

die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe in Betracht. Die Feststellung eines Pflegegrades und ggf. einer Heimpflegebedürftigkeit erfolge dabei, wie auch bei der Inanspruchnahme von Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung, durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen.

Frau Steinbrügge macht auf Nachfrage des Herrn Glier deutlich, dass der Frage einer „Rückführung“ des Themengebietes Gesundheit in den Aufgabenbereich des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit bislang nicht weiter nachgegangen worden sei.

TOP 6 2. Kommunalen Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XIX-0297/2023

Frau Küchler-Hendricks erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 6 des Protokolls) die Eckpunkte des 2. Kommunalen Handlungsplans Inklusion.

Auf Anregung von Frau Seigneur und Herrn Hensel, den Stand erreichter Ziele in einer Art „Checkliste“ wiederzugeben, weist Frau Küchler-Hendricks darauf hin, dass auch für den 2. Handlungsplan Inklusion eine Evaluation geplant sei, mit deren Hilfe die Umsetzung der gesetzten Ziele überprüft werden solle. Darüber hinaus sei es laut Herrn Retzki insbesondere Aufgabe der Steuerungsgruppe, den Stand der Zielerreichung in den Blick zu nehmen und ggf. auch auf noch „unerreichte“ Handlungsschwerpunkte hinzuweisen. Herr Retzki greift in diesem Zusammenhang den im Gremium geäußerten Wunsch nach einer „Checkliste“ auf und regt eine entsprechende Dokumentation des laufenden Standes der Zielerreichung im Rahmen der Steuerungsgruppe an.

Frau Steinbrügge macht auf Nachfrage des Herrn Hensel deutlich, dass im Hinblick auf die notwendige Fördermittelakquise auf die Expertise der Projektagentur zurückgegriffen werden solle.

Frau Resch-Hoppstock bittet um Erläuterung, in wie weit bereits existierende Handlungspläne oder -felder, wie z.B. die nationale Demenzstrategie, mit dem Handlungsplan Inklusion vernetzt werden. Hierzu weist Frau Küchler-Hendricks darauf hin, dass eine Vernetzung erwünscht sei und bislang bereits auf Ebene der Arbeitsgruppen stattgefunden hätte, auch wenn sich dies nicht immer konkret im Handlungsplan wiederfände. Es handle sich im Übrigen bei der Umsetzung des Handlungsplans Inklusion nicht um eine statische Vorgehensweise, so dass andere Konzepte jederzeit berücksichtigt werden könnten.

Frau Wagner-Judith befürwortet die geplante Beschlussfassung und regt an, zukünftig für das Erreichen einzelner Ziele auch konkrete Zeitpläne festzulegen. Dies soll laut Herrn Retzki ebenfalls in der Steuerungsgruppe umgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit der zur Diskussion stehenden Sitzungsvorlage macht Herr Müller deutlich, dass seine Fraktion die Änderung in eine reine Kenntnisvorlage befürworte. Er fürchte, ein Beschluss führe zu einer zu starken Bindungswirkung, vor allem in finanzieller bzw. haushaltsrechtlicher Hinsicht. Vielmehr müssten die einzelnen Maßnahmen einschließlich deren Finanzierung in Form gesonderter Beschlussvorlagen zur Beratung kommen. Frau Steinbrügge erklärt, dass genau diese Vorgehensweise geplant sei und wirbt für eine Beschlussempfehlung. Wenn diese eine entsprechende Klarstellung enthalte, stellt Frau Florek die Zustimmung auch ihrer Fraktion in Aussicht.

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der 2. Kommunale Handlungsplan Inklusion des Landkreises Wolfenbüttel wird beschlossen. Maßnahmen, für deren Umsetzung finanzielle Mittel erforderlich sind, werden dem Kreistag zur Beschlussfassung jeweils vorgelegt.

TOP 7 Sachstand Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt

Herr Retzki umreißt anhand einer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 7 zu diesem Protokoll) den aktuellen Sachstand zum RVZ Baddeckenstedt.

Im Hinblick auf die Förderung der Personalkosten aus Landesmitteln erkundigt sich Herr Müller, ob diese Förderung zeitlich befristet sei. Herr Retzki stellt klar, dass die Förderung als Teil der Gesamtförderung auf den Förderungszeitraum beschränkt sei, der mit Ablauf des Jahres 2023 ende.

TOP 8 Konzept "Netzwerk haushaltsnaher Hilfen in Baddeckenstedt" Vorlage: XIX-0296/2023

Der Tagesordnungspunkt entfällt

TOP 9 Zuschuss für ein Musikprojekt mit Seniorinnen und Senioren am 27.08.2023 in Destedt Vorlage: XIX-0289/2023

Frau Bender beschreibt die wesentlichen Eckpunkte der Beschlussvorlage. Herr Meyer gibt noch einige zusätzliche Informationen zu dem in Planung befindlichen Projekt und bittet um Abgabe einer entsprechenden Beschlussempfehlung.

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 910,00 € aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Teilhaushaltes 50 zur Durchführung eines Musikfestes durch die Arbeitsgemeinschaft der Seniorenkreise am 27.08.2023 in Destedt wird zugestimmt.

TOP 10 Vortrag über die Arbeit der AWO-Schuldnerberatung

Herr Hagedorn stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 10 des Protokolls) die Grundlagen der Arbeit der AWO-Schuldnerberatung bezogen auf den Personenkreis der Berechtigten nach dem SGB II und SGB XII vor und informiert über aktuelle Entwicklungen. Im Anschluss daran berichtet Herr Heinemann aus der täglichen Praxis der AWO-Schuldnerberatung.

Frau Florek fragt nach, in wie weit die Schuldnerberatung auch „präventiv“ tätig wird, zum Beispiel um hohe Verschuldung bereits im Vorfeld zu vermeiden. Herr Heinemann macht deutlich, dass die AWO entsprechende Informationsveranstaltungen anbiete, die Resonanz aber tatsächlich oftmals gering sei. Auch ein frühzeitiger Hinweis etwa seitens des Jobcenters könne oft nicht erfolgen, weil die Leistungsberechtigten häufig ihre wirtschaftliche Situation dort verschwiegen.

Auf Nachfrage von Herrn Müller erklärt Herr Heinemann, eine Vielzahl von Beratungsfällen mündeten in Verbraucherinsolvenzverfahren, an deren Ende im Idealfall eine Restschuldbefreiung stehe. Die Begleitung des Insolvenzverfahrens könne dank einer Förderung durch Landesmittel auch durch die AWO erfolgen. Im Übrigen könnten Beratungssuchende, die sich nicht oder nicht mehr im Leistungsbezug nach SGB II oder SGB XII befänden, durch die „freie“ Schuldnerberatung der AWO betreut werden.

Frau Bender fügt auf Nachfrage des Herrn Müller hinzu, dass für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und SGB XII neben der Schuldnerberatung der AWO mit dem Beratungsverein „Neue Zukunft eV“ noch ein weiterer Anbieter zur Verfügung stehe.

TOP 11 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion - Deutschlandticket im Landkreis Wolfenbüttel als Sozialticket anbieten **Vorlage: XIX-0281/2023/1**

Frau Steinbrügge und Frau Bender erläutern die Hintergründe zur Vorlage und machen deutlich, dass der Antrag der FDP-Fraktion seitens der Verwaltung grundsätzlich unterstützt werde, für eine praktische Umsetzung allerdings noch zahlreiche Fragen zu klären seien. Dies betreffe sowohl „technische“ Detailfragen, als auch den Wunsch nach einer möglichst einheitlichen Lösung im Bereich des Regionalverbandes Großraum Braunschweig, auch wenn am Ende jede Gebietskörperschaft für sich entscheiden müsse, ob ein Sozialticket angeboten wird.

Herr Hensel und Herr Müller befürworten den Antrag mit der Einschränkung, dass der Vorschlag über ein „zweistufiges“ Modell unter Beibehaltung des bisherigen Sozialtickets fallen gelassen und zunächst eine konkretisierte Beschlussvorlage durch die Verwaltung vorbereitet werden solle. Frau Wagner-Judith und Frau Otte-Kotulla unterstützten ebenfalls die vorgeschlagene Vorgehensweise. Herr Glinka schließt sich mit dem Hinweis an, durch die Übernahme des Deutschlandtickets als Sozialticket wäre aufgrund des geringeren Einzelpreises auch insgesamt mit einer Kostenersparnis zu rechnen. Auch Herr Sabisch unterstützt das besprochene Vorgehen grundsätzlich, stellt aber zur Diskussion, dass das künftige Sozialticket aufgrund der insgesamt zu erwartenden Kostenersparnis noch „günstiger“ angeboten werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die noch offenen Fragen zu klären und zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit eine konkretisierte Beschlussvorlage vorzulegen.

TOP 12 Jahresbericht des Amtes für Soziales 2022 **Vorlage: XIX-0287/2023**

Herr Kuhlmann stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 12 des Protokolls) den Jahresbericht des Amtes für Soziales für das Jahr 2022 vor.

Herr Glier erkundigt sich im Zusammenhang mit der Veränderung der Anzahl an Planstellen, ob weiterhin Stellen unbesetzt seien und ggf. in welchem Umfang. Frau Bender verdeutlicht, dass auch weiterhin Stellen in schwankender Zahl unbesetzt seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Vom Jahresbericht des Amtes für Soziales 2022 wird Kenntnis genommen.

TOP 13 Geschäftsbericht Jobcenter 2022

Herr Vogel umreißt anhand einer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 13 des Protokolls) die Eckpunkte des Geschäftsberichtes des Jobcenters für das Jahr 2022.

Auf Nachfrage des Herrn Glier, in wie weit Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten im Anschluss daran bei demselben Arbeitgeber in eine Dauerbeschäftigung wechseln könnten, erklärt Herr Vogel, dies sei selten der Fall, weil solche Maßnahmen vornehmlich zunächst der „Arbeitserprobung“ dienen. Maßnahmen mit dem Ziel weiterführender Beschäftigungsverhältnisse würden eher im Zusammenhang mit anderen integrativen Programmen verwirklicht.

**TOP 14 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Frau Bender berichtet über den aktuellen Stand in Bezug auf die Entwicklung der Auswirkungen der Wohngeldreform. Während die Fallzahlen sowohl im Bereich der Stadt Wolfenbüttel, als auch beim Landkreis Wolfenbüttel moderat anstiegen, sei hinsichtlich der Ausgaben eine Verdreifachung festzustellen.

Aufgrund der Tatsache, dass noch nicht alle im Zusammenhang mit den gesetzlichen Änderungen eingegangenen Anträge abgearbeitet werden konnten, könnten genauere Aussagen zur Auswirkung der Wohngeldreform wohl frühestens zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit getroffen werden.

TOP 15 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau Eisenbarth schließt um 21:07 Uhr die Sitzung.

Bettina Eisenbarth
(Vorsitzende)

Bernd Retzki
(Dezernent IV)

Michael Strohhäcker
(Protokollführer)